Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/ 3756

Große Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. **Memorandum der EWG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Haltung vertritt sie gegenüber dem Memorandum in seiner Gesamtheit?

2. Welcher Auffassung ist sie im einzelnen zu den folgenden Punkten:

   a) Sind die strukturellen Ziele des Memorandums für die Bundesrepublik Deutschland angesichts der Tatsache relevant, daß in Italien 24%, in Frankreich 17%, in der Bundesrepublik Deutschland dagegen nur noch 10% aller Berufstätigen in der Landwirtschaft arbeiten?

   b) Inwiefern würde eine Umstrukturierung zu Großbetrieben eine Senkung der landwirtschaftlichen Produktion bewirken, wenn sich zugleich die Stillegung landwirtschaftlicher Nutzflächen vorwiegend auf Grenzböden beziehen soll?

   c) Würde in solchen Großbetrieben angesichts der notwendigen Investitionen und der zusätzlichen Kosten (Pachten, Löhne u. a.) dennoch eine bessere Einkommensentwicklung eintreten?

   d) Ist das Strukturprogramm mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland über ein möglichst breit gestreutes Privateigentum zu vereinbaren?

   e) Sieht sie Möglichkeiten, in dem von der Kommission vorgesehenen Umfang und Zeitraum gesicherte Dauerarbeitsplätze für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Menschen zu schaffen?

   f) Welche Gebiete eignen sich nach ihrer Meinung zur völligen Stillegung der landwirtschaftlichen Produktion und was soll mit den dort ausscheidenden Menschen geschehen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 63551

g) Könnten die Mittel für die Strukturvorhaben des Memorandums, die laut Angabe der Kommission ab 1970 einen zusätzlichen Aufwand von 10 Milliarden DM jährlich erfordern, von den nationalen Haushalten der EWG-Länder, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, neben den zunächst unverändert hohen Aufwendungen für die Marktinterventionen überhaupt aufgebracht werden?

3. Wie wird sie sich im Ministerrat der EWG bei den Beratungen des Memorandums unter Ausnutzung der Bestimmungen des EWG-Vertrages über die Einstimmigkeit von Ratsbeschlüssen verhalten?

4. Ist sie entschlossen, die dem Ministerrat bereits vorgeschlagenen Preissenkungen zu verhindern?

5. Wird sie darüber hinaus dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1968 entsprechend mit Nachdruck für die Beibehaltung bzw. Wiederherstellung folgender Erzeugerpreise für das Wirtschaftsjahr 1969/70 eintreten:

   475 DM je Tonne Weizen,

   450 DM je Tonne Futtergetreide,

   Milcherzeugerrichtpreis von 41,2 Pf je Liter frei Molkerei,

   Rinderorientierungspreis von 2,80 DM je kg.

6. Ist sie der Auffassung, daß es besser wäre, als Alternative zu dem Strukturplan der Kommission

   a) eine generelle Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik,

   b) die weitere Entwicklung des Gemeinsamen Marktes durch die Harmonisierung aller anderen Wirtschaftsbereiche (damit zugleich die Harmonisierung der landwirtschaftlichen Produktionskosten und Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen),

   c) zur Beseitigung der Produktionsüberschüsse die Einführung des Verursachungsprinzips bei der Finanzierung der Agrarpolitik,

   d) die Vereinheitlichung der agrarsozialen Leistungen in der EWG

   vorzuschlagen?

7. Wenn sie diese Auffassung teilt: ist sie bereit, eine entsprechende Konzeption zu erstellen und dem Ministerrat vorzulegen?

Bonn, den 22. Januar 1969

Mischnick und Fraktion

Begründung

Die Zielvorstellungen des Memorandums der EWG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben zu einer lebhaften Erörterung in der Öffentlichkeit geführt, daneben zu einer erneuten sehr großen Besorgnis in der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Vor allem die Ungewißheit über die berufliche Zukunft der Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Existenzangst dieses Personenkreises veranlassen die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei, die Bundesregierung um die Darlegung ihrer Auffassung zu dem Memorandum und ihrer Absichten bei seiner Beratung im Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften zu bitten.

Dabei sollten einige Fragen im Vordergrund stehen. Nach Auffassung der FDP hat sich die bäuerliche Struktur der Landwirtschaft bewährt. Der rationell bewirtschaftete bäuerliche Familienbetrieb hat bewiesen, daß er zu größten Leistungen in der Lage ist. Umgekehrt zeigen Erfahrungen mit Großbetrieben in den Vereinigten Staaten von Amerika, daß dort trotz einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 150 ha die Farmer 50% ihres Einkommens aus staatlichen Zuwendungen erhalten. Vergleiche mit den Betriebsformen osteuropäischer Länder fallen ohnehin zugunsten unserer bäuerlichen Landwirtschaft aus. Die Existenz dieser herkömmlichen Betriebsformen, und zwar in der Mischung von Voll-, Neben- und Zuerwerbsbetrieben, sollte daher nicht ohne Not aufs Spiel gesetzt werden.

Zweifelhaft ist zudem, ob die Schaffung von Großbetrieben das beherrschende agrarpolitische Problem, die Erzeugung von Überschüssen, zu lösen in der Lage wäre. Die Bundesregierung wird gebeten, auch hierüber ihre Auffassung klar zum Ausdruck zu bringen. Die FDP ist der Auffassung, daß alle politischen, agrar- und betriebswirtschaftlichen Gründe für die Beibehaltung des bäuerlichen Familienbetriebes sprechen.

Ein gleichwohl wünschenswerter Wandel zu erhöhter Arbeitsproduktivität und in manchen Bereichen zur Vergrößerung der Betriebe ist seit 1950 im Gange. Bei vollem Verständnis für Solidarität innerhalb der EWG erscheint die Forcierung dieses Prozesses über Preissenkungen zumindest für die Bundesrepublik Deutschland als problematisch, da hier nur noch 10% aller Berufstätigen in der Landwirtschaft arbeiten und 60% des Bedarfs der Bundesrepublik Deutschland decken.

Auch das Prinzip der Freiwilligkeit aller von der Kommission in ihrem Memorandum vorgesehenen Maßnahmen, das sehr herausgestellt wird, scheint bereits durchbrochen zu sein, da ihnen Senkungen der Erzeugerpreise vorausgehen sollen, die ohne Zweifel einem wirtschaftlichen Druck in Richtung auf die gewünschte Entwicklung gleichkommen.

Zu klären wären auch die Fragen, ob die Ziele des Memorandums mit den Vorstellungen über ein möglichst breit gestreutes Privateigentum, wie sie bisher von allen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland vertreten wurden, im Einklang stehen, sowie die finanziellen Möglichkeiten zur Verwirklichung des Reformplans.

Ein entscheidender Mangel des Memorandums ist ferner die unzureichende Aussage über das berufliche Schicksal der aus der Landwirtschaft ausscheidenden Menschen. Die Verbesserung der Infrastruktur und die Bereitstellung krisenfester Dauerarbeitsplätze sind unverzichtbare Voraussetzung für eine Umschichtung, wie die im Memorandum vorgeschlagene. Die FDP möchte wissen, wie die Bundesregierung die Möglichkeiten der europäischen und besonders der deutschen Wirtschaft zur Bereitstellung solcher Arbeitsplätze, besonders im Hinblick auf Zeitraum und Umfang der von der Kommission anvisierten Umstrukturierung der Landwirtschaft, einschätzt.

Die Freie Demokratische Bundestagsfraktion ist der Meinung, daß die Diskussion über so weitgehende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur nicht allein in der Öffentlichkeit stattfinden und Entscheidungen darüber nicht allein den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorbehalten werden dürfen, zumal diese keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Landwirtschaft und Öffentlichkeit dürfen eine Aussage der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages erwarten. Mit dieser Anfrage wollen die Freien Demokraten die Voraussetzung für eine solche Aussage schaffen.